

Entscheid WAK gegen Abschaffung der Wohnbauförderung:

Zürich, 31. Januar 2006

## **MV ist erfreut über Bekenntnis zur Wohnbauförderung**

**Die zuständige Kommission des Nationalrats lehnt es ab, die Wohnbauförderung als Bundesaufgabe abzuschaffen. Dies ist für die Mieterinnen und Mieter in der Schweiz ein gutes Zeichen – allerdings müssen jetzt weitere Schritte folgen.**

Wohnbauförderung:  
Vorstoss Parlamentarische Initiative  
Philipp Müller in der zuständigen Kom-  
mission des Nationalrats

FDP-Nationalrat Philipp Müller ist in der Kommission WAK des Nationalrats gescheitert. Seine Parlamentarische Initiative zur Abschaffung der Wohnbauförderung wurde gestern abgelehnt. Damit setzte die Kommissionsmehrheit ein klares Zeichen, dass der Bund auch in Zukunft seine Verantwortung im Bereich des Wohnungsbaus wahrnehmen soll. Müllers Vorstoss zielte darauf, für den preisgünstigen Wohnungsbau keine staatliche Hilfe mehr anzubieten, dagegen aber die steuerlichen Vorteile für Wohneigentümer weiter zu fördern.

Mit dieser Forderung zielte Müller genau in die falsche Richtung: Preisgünstige Mietwohnungen entstehen zur Zeit kaum noch, dagegen sind die steuerlichen Vorteile beim Kauf von Wohneigentum heute schon vorteilhaft genug und es bestehen zahlreiche Bespreibungen, diese noch auszubauen.

Gerade Personen mit kleineren und mittleren Einkommen sind heute mit Ausgaben im Wohnbereich konfrontiert, die ihren Haushalt stark belasten. Die Mietausgaben haben sich seit 1990 drastisch erhöht. Hier ist Hilfe nötig. Mit der Unterstützung des Bundes können preisgünstige Wohnungen neu gebaut oder saniert werden.

Das Parlament hat vor zwei Jahren zwar ein neues Gesetz zur Förderung von günstigem Wohnraum verabschiedet, die direkten Hilfen für die Erstellung wegen dem Sparprogramm jedoch bis ins Jahr 2008 sistiert.

Der MV fordert das Eidgenössische Parlament auf, nicht nur dem Entscheid der WAK zur Ablehnung der Parlamentarischen Initiative Philipp Müller zu folgen, sondern auch den finanziellen Rückzug aus der Wohnbauförderung zu korrigieren. Denn so wichtig ein Verfassungsartikler zur Wohnbauförderung ist, er schafft noch keinen preisgünstigen Wohnraum.